Nr. 2 | 21. Mai 2021 AZB / 6003 Luzern / Post CH AG

**FDP**Die Liberalen

31. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Luzern





Gemeinsam weiterkommen.

#### Unternehmer sagen Ja zum CO2-Gesetz

Zahlreiche Unternehmer engagieren sich für ein Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz. Darunter auch Michael Hänzi, Mitinhaber des Berner Informatikdienstleisters Talus AG. Hänzi richtet die Talus AG seit der Gründung schrittweise umweltfreundlich aus. Seiten 12 und 13

#### Für eine Landwirtschaft mit Zukunft

Die Landwirtschaft wird von vielen Seiten zu Unrecht skandalisiert. Im Parlament sind mehrere Projekte aufgegleist, die zu einer Reduktion des Pestizideinsatzes führen. Zudem setzt sich die FDP für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ein. Seiten 14 und 15

#### Ja zum PMT-Gesetz

Am 13. Juni stimmt die Schweiz über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ab. Das Gesetz ermöglicht den Behörden die gezielte Überwachung von einzelnen Gefährdern in allen Phasen der Radikalisierung und die Möglichkeit, situationsgerecht einzugreifen. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert die Notwendigkeit der Massnahmen.

#### Peter Hodel ist gewählt



Bei den Solothurner Regierungsratswahlen gewinnt die FDP einen zweiten Sitz. Seite 20



Die kommende Abstimmung wird die Weichen in der Klima- und Umweltpolitik stellen. Die FDP setzt auch in diesem Bereich auf Anreize, Innovation und Forschung. Mehr erfahren Sie im «Freisinn».

# Inhalt

- 3-10 Luzerner Freisinn
- 11 FDP Frauen wollen Beruf und Familie besser vereinbaren
- 12/13 Unternehmer sprechen sich für das CO<sub>2</sub>-Gesetz aus
- 14/15 Ungerechtfertigte Skandalisierung der Landwirtschaft
- 16 NR Regine Sauter setzt sich für das Covid-19-Gesetz ein
- 17 Gute Gründe für das CO<sub>2</sub>-Gesetz
- 18 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 19 FDP bekennt sich zum bilateralen Weg
- 20 Peter Hodel ist Solothurner Regierungsrat
- 21 Gastbeitrag von Kamylla Lisi-Brandino
- 23 Vermischtes



Ja zur Individualbesteuerung: Jetzt Initiative unterschreiben!



#### Liebe Freisinnige

Mit den im April verkündeten Lockerungsschritten des Bundesrats haben wir endlich wieder ein Stück Freiheit zurückerlangt. Weiterhin gelten jedoch Corona-bedingte Einschränkungen – eine Perspektive und ein zuverlässiges Ausstiegsszenario sind auch mit dem bundesrätlich vorgeschlagenen Drei-Phasen-Modell noch nicht greifbar. Wir alle werden weiterhin auf eine harte Geduldsprobe gestellt.

Einen Impfzwang lehne ich ab. Jedoch gelingt uns der Weg aus der Krise nur mit einer koordinierten Impf- und Teststrategie. Die zuständigen Bundes- und Kantonsämter haben es verpasst, bis Ende April 30 Prozent der Bevölkerung zu impfen – und sind damit der Forderung der FDP aus ihrem 100-Tage-Aktionsplan nicht nachgekommen. Es muss endlich schneller vorwärtsgehen beim Impfen. Mit jedem Tag nehmen die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schäden zu.

Nicht nur die Corona-Krise beschäftigt die Schweiz, sondern auch die Beziehungen zur EU. Der bilaterale Weg mit der EU ist eine Erfolgsgeschichte – eine Sicherung und Weiterführung ist von höchster Bedeutung. Bundespräsident Parmelin ist Ende April ohne die erhofften politischen Zugeständnisse bei den ausstehenden Punkten aus Brüssel zurückgekehrt. Der Gesamtbundesrat ist aufgefordert, seine Führungsverantwortung wahrzunehmen und aufzuzeigen, wohin der Weg gehen soll.

#### Unseren Nachkommen eine intakte Lebensgrundlage sichern.

Klarheit besteht hingegen darüber, dass wir heute handeln müssen, um auch künftigen Generationen eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Dies sind wir unseren Nachkommen schuldig. Deswegen unterstütze ich das CO<sub>2</sub>-Gesetz und empfehle Ihnen, bei der Abstimmung am 13. Juni 2021 ein Ja einzulegen. Das Gesetz setzt auf liberale Rahmenbedingungen – nicht Verbote, sondern das Verursacherprinzip liegt ihm zugrunde. Es schafft die Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften, ohne dass dies zwingend mehr kostet. Der Schlüssel liegt in der Innovation.

#### Ihre Stimme zählt.

Nicht nur das Coronavirus fordert Menschenleben, sondern auch terroristisch motivierte Straftaten. Mit der Annahme der PMT-Vorlage – ebenfalls am 13. Juni 2021 in der Volksabstimmung – könnten wir präventiv dagegen vorgehen. Das Gesetz erhöht die Sicherheit und den Schutz für unsere Bevölkerung, unsere Werte und unsere Institutionen.

Freisinnige und liberale Werte sind die Grundlage des Erfolgsmodells Schweiz. Ich würde mich freuen, wenn auch Sie sich dafür einsetzen und am 13. Juni 2021 an die Urne gehen. Jede Stimme zählt! Unsere Abstimmungsempfehlungen finden Sie in der vorliegenden Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre und danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung einer liberalen Politik.



Ihre Petra Gössi

Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

# Meh Blau – mehr FDP!

# Seite der Präsidentin

Die vergangenen Wochen standen ganz im Zeichen der liberalen Umweltpolitik. Anfang Mai reichte die FDP.Die Liberalen Luzern die Stellungnahme zum von unserem Regierungsrat Fabian Peter lancierten Klimabericht ein. FDP ist erfreut, dass der Kanton auf Massnahmen setzt, die anhand kluger Anreize, Förderung und Sensibilisierung der Menschen funktionieren. Ausserdem begrüssen wir es sehr, dass sich der Kanton neuen Entwicklungen positiv gegenüberstellt und auf Forschung und Innovation setzt anstatt auf reine Verzichtsstrategien. Für die Liberalen steht fest: Es braucht gezielte Forschung und Entwicklung und somit mehr blaue statt grüne Ökologie, um das hochgesteckte Nettonull-Ziel bis 2050 zu erreichen.

#### Blaue Umweltpolitik setzt auf Innovation

Die bevorstehenden Abstimmungen werden Weichen stellen für die künftige Umweltpolitik der Schweiz. Aus liberaler Sicht ist das CO<sub>2</sub>-Gesetz zu begrüssen. Es lenkt über Anreize und fördert mit Klimafonds die Forschung und Entwicklung. Durch die Rückerstattung über die Krankenkassenprämien wird das Gesetz sozial- und wirtschaftsfreundlich ausgestaltet. Anders die beiden Agrarinitiativen. Sie würden einen ganzen Wirtschaftssektor gänzlich abwürgen. Dies, obwohl sich in den vergangenen Jahren viel im Bereich Umwelt getan hat. Kein Wunder! Unsere Landwirtinnen und Landwirte sind - wie andere Unternehmen auch - im Bereich Umwelt stets gefordert, innovativ zu bleiben. Setzen wir auch hier auf mehr Anreize und Eigenverantwortung anstatt auf Verbote und Zwängereien, und nehmen wir als Konsumenten unsere Verantwortung wahr!

#### Unser Gemeinsinn blüht auf!

Erfreulich ist das Engagement unserer Ortsparteien. Viele packen die Gelegenheit am Schopf und starten mit geeigneten Schutzmassnahmen wieder mit ersten Versammlungen und Veranstaltungen. Viel positive Energie und Motivation ist spürbar. Besonders erfreulich ist, dass sich viele Vorstände erneuert und verjüngt haben und damit die generationenübergreifende Zusammenarbeit vorleben. Lebendige Ortsparteien sind unser Fundament: Sie



Jacqueline Theiler

geben unserer Partei ein Gesicht und machen unsere liberale Politik sichtbar. Das sind beste Voraussetzungen, dass künftig wieder mehr Blau in den Kanton Einzug nehmen wird. Bleiben wir also dran! (... oder mit etwas Schwarz hinzugefügt, um historisch gesehen korrekt zu bleiben...)

#### Jacqueline Theiler

Parteipräsidentin FDP Luzern

#### **FDP.Die Liberalen Luzern**

# Neue Gesichter in den Ortsparteien

Im Frühjahr wählten die Liberalen in Hochdorf einen neuen Vorstand der Ortspartei. Die FDP Hochdorf wird neu durch zwei Präsidenten vertreten. Seit der Generalversammlung im März teilen sich Gerardo Cicchetti-Erni (53) und Yannik Schärli (30) das Co-Präsidium. Der abgetretene Präsident, Franz Arnold, stellt sich voll hinter seine Nachfolger und ist überzeugt, dass diese seine Arbeit bestens weiterführen werden.

Das neu eingesetzte Duo will Schwerpunkte im Bereich blaue Ökologie, Zentrumsstärkung und Mobilität setzen. Damit will man auf die Anliegen der Freisinnigen in Hochdorf eingehen und Hochdorf als modernes Regionalzentrum fördern.



René Lottenbach, Adrian Mehr, Adligenswil



Schenkon



Pascal Limacher, Grosswangen



Der neue Vorstand der FDP Hochdorf (von links.): Ernst Dober, Daniela Ammeter Bucher, Luca Frey, Gerardo Cicchetti, Yannik Schärli, Karin Jung-Riedweg, Reto Anderhub.

Weiter kam es in einigen Gemeinden zu stillen Ersatzwahlen. Schenkon wählte seinen neuen Gemeindepräsidenten Adrian Mehr, welcher ab September die CVP im Präsidium ablöst. In Adligenswil wird René Lottenbach als Nachfolger von Peter Stutz in den Gemeinderat ziehen. Schliesslich wurde in Grosswangen Pascal Limacher in stiller Wahl als Gemeinderat im Ressort Finanzen gewählt. Er folgt auf den zurücktretenden Cornel Erni.

Die Kantonalpartei wünscht allen viel Erfolg im Amt und dankt den Abtretenden für ihr Engagement!

# Wie soll Umweltpolitik im Kanton Luzern gehen?

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz und die Agrar-Initiativen

Kaum ein anderer Kanton wird stärker von den Agrarinitiativen getroffen als der Kanton Luzern. Der «Säulikanton» hat im schweizweiten Vergleich die zweitmeisten landwirtschaftlichen Betriebe und Beschäftigten.

In Kombination mit der stark verbundenen Lebensmittelbranche umfasst der Bereich jeden elften Arbeitsplatz in der Region. So führen extreme Restriktionen, wie sie von der Pestizidfrei- und der Trinkwasser-Initiative vorgeschrieben werden, zu schweren Folgen im Kanton. Besonders Letztere ist aus Luzerner Sicht mit dem aktuellen Fleischkonsum kaum vorstellbar.

Denn selbst bei der jetzigen landwirtschaftlichen Flächennutzung von 80 Prozent für den Futterbau sind viele Betriebe in Luzern noch fern von einer Selbsterhaltung der Tiere. Über mehr Fläche verfügt der Kanton nicht, und eine andere landwirtschaftliche Nutzung wird durch die Standorteigenschaften, das Fachwissen und die bestehende Infrastruktur leider nicht begünstigt. Eine Annahme der Initiativen würde schlichtweg einen grossen Teil der betroffenen Arbeitsplätze in Luzern gefährden und das Problem der negativen Umwelteffekte ins Ausland verschieben.

#### Investitionsbereitschaft der Landwirtschaft nutzen

Zwischen der Landwirtschaft und Wirtschaft bestehen starke Synergien. Das Gewerbe profitiert von der hohen Investitionsbereitschaft der Landwirtschaft und ist im ländlichen Raum darauf angewiesen. Nicht nur hat sich daraus eine überdurchschnittlich hohe Wertschöpfung im schweizweiten Vergleich entwickelt, es wurden auch zahlreiche Innovationen gefördert. So auch im Bereich Pestizidnutzung. In den letzten zehn Jahren ist die Nutzung um 40 Prozent zurückgegangen und nimmt tendenziell weiter ab. Mit den richtigen Anreizen und Investitionen kann der Rückgang weiter gefördert werden, ohne die Landwirtschaft mit den extremen Initiativen abzuwürgen.

#### Liberale Lösungen für Umweltanliegen

Eine Massnahme, die eine umweltfreundlichere Wirtschaft ohne Zwang fördert, ist das CO<sub>2</sub>-Gesetz. Die Schweizer Wirtschaft ist sich der Herausforderung des Klimawandels bewusst und will Verantwortung übernehmen und handeln. Das Gesetz

schafft dazu die richtigen Rahmenbedingungen und Chancen. Folglich wird stark auf das Verursacherprinzip gesetzt und eine Kostenwahrheit geschaffen. Wer also mehr Ressourcen auf Kosten der nächsten Generationen verbraucht, erhält das richtige Preisschild ohne Verbote. Damit ist das Gesetz im Gegensatz zu den Agrarinitiativen eine Massnahme mit Lenkungswirkung. Dank des klugen Rückverteilungsmechanismus ist das Gesetz auch sozial gerecht. So wird beispielsweise 90 Prozent der Schweizer Bevölkerung mindestens gleich viel Geld zurückbekommen, wie sie für die Flugticketabgabe ausgibt. Das ist fair und verursachergerecht.

#### Klimafreundliche Innovationen fördern

Der Anteil an Beiträgen, welcher nicht an Wirtschaft und Bevölkerung zurückfliesst, wird in Klimafonds gesammelt und schliesslich für klimafreundliche Massnahmen und Innovationen verwendet. Denn um den Treibhausgasausstoss zu senken, braucht es marktfähige Technologien, die nicht mehr auf Öl oder Gas basieren. Mit dem aus den Klimafonds überführten Technologiefonds erhalten innovative Schweizer Unternehmen die nötige finanzielle Unterstützung, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren. Beispielsweise kann der Bund künftig die Entwicklung von klimafreundlichen Baustoffen fördern, die emissionsintensiven Zement ablösen, oder biologisch abbaubare Verpackungsmaterialien, die Plastik aus Erdöl ersetzen.

Der kommende Abstimmungssonntag zeigt, dass Umweltschutz nicht nur mit Verboten und wirtschaftsfeindlichen Eingriffen erreicht werden kann. Der richtige und liberale Weg erfolgt über Innovationen und Anreize. Es ist eine Aufgabe der FDP.Die Liberalen, dass ökologische Anliegen nicht mit forciertem grünem Denken gelöst werden, sondern mit fortschrittsgestütztem blauem Denken.

Joël Rosset, Mitarbeiter Kommunikation







#### **Aus der Fraktion**

# Mit gezielten Anreizen zu netto null

Der Kanton Luzern hat im Januar 2021 das Vernehmlassungsverfahren zum Planungsbericht über die Klima- und Energiepolitik 2021 eröffnet. Das hochgesteckte Netto-null-Ziel bis 2050 braucht gezielte Investitionen in Forschung und Entwicklung – hierbei will die FDP den Kanton aktiv unterstützen, aber auch fordern.

Es sind bereits bald 2 Jahre vergangen, seit sich der Luzerner Kantonsrat zu einer Klima-Sondersession eingefunden hat. FDP-Fraktion hatte im Juni 2019 acht Vorstösse eingereicht, welche eine liberale Klimapolitik für den Kanton Luzern skizzieren. Die Regierung hat auf die zahlreichen Vorstösse mit einem umfassenden 173-Seiten-Planungsbericht über die Klima- und Energiepolitik 2021 reagiert, worauf die FDP nun Stellung genommen hat.

Wir sind überzeugt, dass eine durchdachte Umwelt- und Klimapolitik die Menschen sowie unsere Unternehmen stärkt und miteinander verbindet, sodass Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig und ökologisch Wert für alle schaffen können. Für die FDP sind zielführende Massnahmen stets ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig. Wenn die Wirtschaft mit zu rigorosen Massnahmen blockiert wird, fehlen die Mittel, um konsequent auf den Weg zu gehen und mit nachhaltigen Massnahmen das Klima besser zu schützen. Mit einem angemessenen Tempo und im ständigen Dialog mit den Anspruchsgruppen und Menschen in unserem Kanton soll es uns gelingen, die ganze Bevölkerung mitzunehmen.

#### **Anreize und Innovation stehen im Fokus**

Die hochgesteckten Ziele in den verschiedenen Bereichen sollen primär mit Anreizen und basierend auf Freiwilligkeit erreicht werden anstatt mit Restriktionen. Damit das gelingt, sind ein faktenbasierter, verständlicher und konkreter Wissensaustausch wichtig. Wir wollen, dass die Menschen in unserem Kanton den sorgsamen Umgang mit bestehenden Ressourcen, den Einsatz von erneuerbaren Energien, die Chancen der Digitalisierung und die Förderung von Innovation unterstützen - denn sie sind der Schlüssel zum Erfolg. Wir möchten aktiv dazu beitragen, dass mit Anreizen und Lösungen, welche aus privaten Initiativen gebildet werden, gearbeitet wird. Wir sind erfreut, dass der Kanton auf Massnahmen setzt, die anhand kluger Anreize funktionieren und die Forschung und Innovation fördern. Das Potenzial für Innovationsprojekte sieht die FDP beispielsweise im Baubereich und im Bereich der Landwirtschaft (Kreislaufwirtschaft) sowie des Energiemarkts (Zusammenschlüsse durch Beseitigung von Handelshemmnissen).

#### Unternehmungen investieren schon lange

Die Aktivisten «Klimastreik Zentralschweiz» haben sich positiv über die Verfassung dieses Berichtes geäussert. Wenig überrascht sind wir, dass die Massnahmen für sie zu wenig weit gehen. Auch der Verein «Klima-Grosseltern Zentralschweiz» verlangt vom Kanton Luzern einen Plan, wie das Ziel «netto null» schneller und verbindlicher erreicht werden kann. Ich stelle fest, dass diese Aktivisten schlicht keine Ahnung haben, welche Anstrengungen die Firmen im Kanton Luzern unternehmen,

Anzeigen



Georg Dubach, Fraktionspräsident

um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Beispielsweise erzeugt die Trisa AG als Pionier der Solarenergie bereits seit 1998 auf einer Fläche von über 4000 m<sup>2</sup> umweltfreundlichen Solarstrom und hat diese in den letzten Jahren massiv erweitert. Auch die Galliker Transport AG hat uns an der Fraktionssitzung im Mai 2021 in Altishofen über ihre Anstrengungen bezüglich Nachhaltigkeit beeindruckt. Bei ihren Neubauten und Renovationen wird konsequent auf neueste technologische und umweltverträgliche Produkte gesetzt. Die jährliche Stromproduktion ihrer Fotovoltaikanlagen eines Strombedarfs von 1910 Haushalten beeindruckte. Mit der «Green Logistics by Galliker» wird entsprechend dem Planungsbericht das Ziel verfolgt, in den logistischen Prozessen schädliche Auswirkungen auf die Umwelt und den Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen laufend zu reduzieren.

#### Vielen Dank

Schliesslich möchte ich unserem Leader dieser Vernehmlassung, Kantonsrat Ruedi Amrein, der ganzen Fraktion, unseren Fachpools und unserem Regierungsrat Fabian Peter für seine Unterstützung danken.

Georg Dubach, Fraktionspräsident

# **AGENDA**

22. Juni 2021: Bundeshaus Aktuell

3. Juli 2021: Nationale Delegiertenversammlung

24. August 2021: Kantonale Delegiertenversammlung

4. September 2021: Ortsparteipräsidenten-Konferenz

25. September 2021: FDP-Academy: «Einstieg in die Politik»

Fenster, die man liebt für Renovationen und Neubauten

Häfliger+Stöckli AC

Häfliger+Stöckli AC

METALLBAU

6122 Menznau-Tel. 041 493 01 20

www.haefliger-stoeckli.ch

Nr. 2 | 21. Mai 2021 5

#### Luzern



Das fakultative Referendum gilt zu Recht als eines der wichtigsten Instrumente der direkten Demokratie und kann mit der Verankerung in unserer Bundesverfassung als grosse Errungenschaft bezeichnet werden. Es stellt sicher, dass alle Gesetze, welche jeweils im notwendigen politischen Kompromiss entstehen, vom Volk hinterfragt und bewertet werden können. Dass Referendumsführer eher das Haar in der Suppe statt den Gesamtkontext darstellen, liegt in der Natur der Sache. Es liegt also an den Befürwortern, diese Hintergrundinformation zu liefern.

Am 13. Juni kann das Schweizer Stimmvolk das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz bewerten. Basis der revidierten Gesetzgebung bildet das internationale Klimaabkommen von Paris. Darin verpflichtet sich die Schweiz, ihre Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2030 gegenüber 1990 zu halbieren. Das Parlament

hat 2017 das Abkommen ratifiziert. Eine Referendumsabstimmung wurde nicht eingefordert. Eine gesetzliche Antwort mit verschärften Klimaschutzauflagen ist somit die logische Folge!

#### SVP lehnte wirtschaftsfreundlicheres Gesetz ab

Ein Gesetz ist jedoch kein Wunschkonzert. Es entsteht durch intensives Feilschen und im Suchen von möglichen Mehrheiten. Erst eine Zustimmung durch beide Kammern schliesst den Gesetzgebungsprozess ab. Im Dezember 2018 beim ersten Umgang der Gesetzesberatung erreichten wir in der Feinjustierung praktisch überall die wirtschaftsfreundlichste Lösung. Nur nützte dies am Ende nichts, da uns die SVP im Regen stehen liess und das Gesetz ablehnte. Sie bewies damit einmal mehr, dass sie in Umweltfragen keine Partnerin ist!

Die drauffolgende ständerätliche Beratung nahm vom nationalrätlichen Vorschlag viel auf, strittige Punkte wurden jedoch mit anderen Mehrheitsmachern bereinigt.

Die parlamentarische Schlussbewertung kann nur Zustimmung oder Ablehnung sein. Meine positive Bewertung ergibt sich aus der Tatsache, dass das Gesetz mit dem neuen Positionspapier unserer Partei übereinstimmt. In diesem stehen im Zentrum liberale Ansätze wie Verursacherprinzip, Kostenwahrheit und zudem wird auf Verbote verzichtet.

#### CO<sub>2</sub>-Gesetz als grosse Chance

Speziell will ich auf die Aussage der Gegner eingehen, wonach das Gesetz für die Schweizer Wirtschaft schädlich sei. Ich bin davon überzeugt, dass das Gesetz für unsere KMU-Wirtschaft eine grosse Chance ist und es neben den freiwilligen Anstrengungen auch massvolle gesetzliche Regelungen braucht. In den letzten Jahrzehnten ist einiges passiert – zum Beispiel: Muster-Energieverordnung der Kantone, nationales Gebäudeprogramm, Massnahmen über die Energie-Agentur der Wirtschaft. Aber es hat sich auch gezeigt, dass wir die gesteckten Ziele ohne gesetzlichen Druck nicht erreichen.

Bekanntlich fliessen die Lenkungsabgaben auf Öl, Gas und Flugtickets in den Klimafonds Mindestens die Hälfte wird direkt an die Bevölkerung zurückerstattet. Von einem beachtlichen Teil der Mittel profitiert jedoch die Schweizer Wirtschaft. Dabei werden die Gelder unter Berücksichtigung der Wirksamkeit der Massnahmen zugeteilt. So erhalten Unternehmungen die Chance, neue klimafreundliche Technologien und Produkte mit Exportchancen auf den Markt zu bringen. Das CO2-Gesetz ist dadurch ein Motor zur Förderung der Schweizer Innovationskraft. Zudem kann sich dank dem Engagement der FDP neu jede Firma von der CO2-Abgabe befreien. Bedingung dazu ist eine Verpflichtung zu Verminderungszielen zu Gunsten des Klimaschutzes.

Die grösste Summe, max. 450 Mio. pro Jahr, fliesst ins Gebäudeprogramm. Als Globalbeiträge zuhanden der Kantone ermöglicht es, wesentliche Mittel für Gebäudesanierungen zur Verfügung zu stellen. Werden die Mittel nicht ausgeschöpft, können sie zusammen mit den fix zugeteilten 60 Mio. CHF in diverse weitere Projekte investiert werden: Geothermie, Fernwärme, Energieplanung, erneuerbare Heizsysteme, Ladestationen in Gebäuden, Einspeisung erneuerbares Gas.

Mein Statement an die Gegner ist klar: Statt jährlich im Ausland für 8 Mia. Franken fossile Energien einzukaufen, wirkt das CO<sub>2</sub> Gesetz bei uns: stärkt bei uns Klimaschutz, Wirtschaft und Innovation.

Peter Schilliger, Nationalrat, Udligenswil

#### Wahlkreis Willisau

# Neuer Vorstand hat Arbeit erfolgreich aufgenommen

Der neue Vorstand des Wahlkreises Willisau durfte am 7. Dezember 2020 offiziell seine Arbeit aufnehmen. Die Wahlen wurden Corona-bedingt schriftlich vorgenommen, und der alte und neue Vorstand trafen sich zur Stabsübergabe.

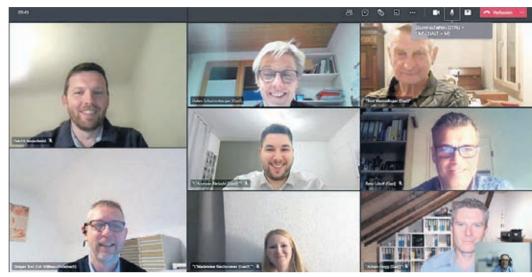
Der junge und dynamische Vorstand hat für jede Funktion ein Pflichtenheft erstellt und eine Strategie entworfen, welche laufend angepasst wird. Damit während der Pandemiezeit der Kontakt zu den Ortsparteien aufrechterhalten werden konnte,

# Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Helen Schurtenberger, Menznau, Präsidentin Edwin Bütikofer, Wauwil, Vizepräsident Andreas Bärtschi, Altishofen, Kassier Madeleine Riechsteiner, Dagmersellen, Sekretariat/Aktuarin Patrick Isenschmid, Willisau, Wahlkampfleiter

#### **Erweiterter Vorstand:**

Klaus Wermelinger, Egolzwil, FDP Senioren Wahlkreis Willisau Marianne Zaugg, Ettiswil, FDP Frauen Wahlkreis Willisau Philipp Bucher, Dagmersellen, Kantonsrat André Marti, Willisau, Kantonsrat



Ausschnitt aus einer digitalen Konferenz des Wahlkreis Willisau.

lud der Vorstand die Ortsparteien zu digitalen Konferenzen ein. Der Vorstand hat die die Ortsparteien in Regionengruppen aufgeteilt, damit Konferenzen übersichtlich waren und auch eine echte Diskussion stattfinden konnte. Der digitale Austausch klappte sehr gut, und der Kontakt konnte so hergestellt werden. Damit der Wahlkreisvorstand die Anliegen aller Ortsparteien abholen kann, wurde ein Fragebogen erstellt, welcher an alle Ortsparteien versandt wurde. Die Kandidatensuche ist ein wichtiges Thema und soll rechtzeitig in Angriff genommen werden. Da oft nicht genau klar ist, was ein Kantonsratsmandat beinhaltet, wurde ein

Factsheet erstellt, welches allen Ortsparteien zur Verfügung gestellt wird. Die Idee der Regionengruppen ist aber auch, sich vermehrt zusammen zu engagieren, Veranstaltungen gemeinsam zu organisieren und im Wahlkampf regional aufzutreten.

Der Vorstand trifft sich im Mai zu einer weiteren Strategiesitzung, in welcher man sich den Anliegen der Ortsparteien annimmt. Zudem fokussiert man sich auf die bevorstehende Kandidatensuche und den Kantonsratswahlkampf 2023.

#### Helen Schurtenberger

Wahlkreispräsidentin Wahlkreis Willisau

#### Wahlen 2023/2024

# FDP-Academy startet mit «Einstieg in die Politik»

Im September 2021 startet die FDP-Academy, und alle, die sich für die FDP interessieren, sind herzlich eingeladen. Wir bieten einen «Einstieg in die Politik» und stellen die FDP und unsere liberalen Grundwerte vor. Dabei rücken wir auch verschiedene MandatsträgerInnen und ihre Wege in die Politik ins FDP-Spotlight. Das anschliessende Apéro ist die perfekte Gelegenheit, das persönliche Netzwerk zu erweitern. Die Veranstaltung findet im Kantonsratssaal in Luzern statt. Reservieren Sie sich deshalb bereits den 25. September 2021 (10 Uhr). Mehr Informationen zum Programm und zur Anmeldung (Teilnehmerzahl beschränkt) finden Sie bald unter: www.fdp-lu.ch/aktuell/fdp-academy





# Schneller sicher unterwegs.

Viele Volvo Neu- und Gebrauchtwagen sofort verfügbar.

Geduld ist eine Tugend. Unnötiges Warten nicht. Entdecken Sie unser umfangreiches Angebot an aktuellen Neu- und Vorführwagen sowie unsere Volvo Selekt Gebrauchtwagen mit erweiterter Garantie.

Besuchen Sie uns und vereinbaren Sie eine Probefahrt.

Swiss Premium® Gratis-Service bis 10 Jahre/150 000 Kilometer, Werksgarantie bis 5 Jahre/150 000 Kilometer und Verschleissreparaturen bis 3 Jahre/150 000 Kilometer (es gilt das zuerst Erreichte).



**Die Liberalen Senioren Luzern** 

# Zusammenlegung von Naturmuseum und historischem Museum Luzern

Der Regierungsrat will eine Zusammenlegung von Naturmuseum und historischem Museum Luzern, also eine Änderung des Kulturförderungsgesetzes. FDP-Die Liberalen SeniorInnen Luzern lehnen dies zum heutigen Zeitpunkt ab.

Dazu besteht keinerlei Notwendigkeit. Beide Museen sind für ihre je getrennten Forschungsund Vermittlungstätigkeiten teuer fachspezifisch eingerichtet worden. Die Vernehmlassungsdiskussion klammert die wichtige Standortfrage aus. Die Gesetzesänderung will die Zusammenlegung der Museen und die Verlegung ins alte Zeughaus Musegg ermöglichen und die beiden historischen Bauten am zentralen Kasernenplatz in kantonale Gerichtsräumlichkeiten umbauen, Gebäude, für die wir den Seetalplatz bevorzugen! Die regierungsrätliche Immobilienoptimierung ist der Antrieb dafür.

Der steile Anstieg auf Musegg ist keinesfalls senioren- oder invalidengerecht noch kinderwagenfreundlich. Die fehlende Anbindung an den ÖV und keine Parkplätze werden zu dramatischem Besucherschwund führen. Wir Senior\*innen sind rege Besucherinnen plus 40 000 Kinder/Jugendliche pro Jahr und sehen ohne ein überzeugendes neues Museumskonzept nur Nachteile – daher Nein zu einer solchen Gesetzesänderung.

#### **Christine Salvisberg-Sigg**

Präsidentin Liberale Senioren Luzern

#### Vernehmlassungsantwort der FDP Luzern

Die Zusammenlegung der beiden Museen wird von der Kantonalpartei mit dem Ziel unterstützt, dass Synergien genutzt und Sparpotenzial ausgeschöpft werden kann. Aufbauend auf einem dezentralen Konzept, gilt es die Vernetzung mit anderen Standorten im Kanton zu fördern und die verschiedenen Themenbereiche möglichst vor Ort erlebbar zu machen. Dabei kann sich das neue Museum inhaltlich öffnen und flexibler am Markt agieren. Im Zentrum sollen stets hohe Besucherzahlen und ein solider Eigenfinanzierungsgrad stehen. Die Frage zum Standort war nicht Gegenstand der Vernehmlassung und wird zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert.

**FDP Frauen Kanton Luzern** 

# Mit «Mut tut gut!» in den Frühlingsstart

Die FDP Frauen wollten nicht länger darauf warten, sich etwas Abwechslung und einen Kick zum Frühlingsbeginn zu gönnen. Um mutig und kraftvoll aus der aktuellen Eingeschränktheit durchstarten zu können, fand deshalb im März das Onlineseminar «Mut tut gut!» statt.

Skill- und Auftritts-Coach lic. phil. Irène

Wüest zeigte den 24 Teilnehmerinnen, dass Mut vieles sein kann, individuell für jede etwas anderes. Vor allem ist er ein Muskel, der trainiert werden kann. Irène Wüest vermittelte interessante Informationen aus den Themenkreisen der Resilienz, Achtsamkeit, Kommunikation sowie Gehirn- und Sinnforschung. Wir erhielten viele Anreize und Motivation, uns auf zahlreichen Ebenen etwas Gutes tun zu können. Gerüstet mit kleinen und praktischen Mutmachern blickten die teilnehmenden Frauen am Schluss mit einem Lächeln in die Kamera – ein nächster Anlass wird sehr begrüsst.



Glückliche Teilnehmerinnen des Online-Seminars.

Die Zukunft lässt diesbezüglich jedoch noch sehr vieles offen. Der Vorstand hat entschieden, dass die diesjährige Generalversammlung erneut schriftlich abgehalten wird. Dennoch soll ein persönlicher Anlass mit Umtrunk im September stattfinden. Gleiches gilt auch für die Versammlung der FDP Frauen im WK Willisau. Diese findet inkl. Referat «Umgang mit Demenz» am 20. Oktober 2021 statt.

#### Karin Ruckli

Präsidentin FDP Frauen Kanton Luzern

**Jungfreisinnige Kanton Luzern** 

### Grosses Dankeschön an die Gönner!

Die warmen Tage kommen immer näher, es freut uns natürlich, um beim Sammeln mit vielen Sonnenstrahlen Energie zu tanken. Wir jungen Lozärner\*innen sehen zuversichtlich auf das immer näher rückende Ende der Sammelzeit der Renten-Initiative entgegen. Doch bis zur Einreichung Mitte Juli sammeln wir gemeinsam eifrig weiter.

Bei weiteren Lockerungen sind wir optismistisch, auch unsere Generalversammlung physisch durchführen zu können. Wir möchten dabei im liberalen Sinne auch unser Projekt, eine kantonale Initiative lancieren. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch, jeder/jede «Gwondernas» ist natürlich herzlich eingeladen, im Sommer vor Ort dabei zu sein.

Die vielen Projekte in unserem Terminkalender halten uns ständig auf Trab. Wir danken dabei allen Gönner\*innen von den «Freunden des Freisinns» (https://jflu.ch/goennerverein/). Durch die finanzielle Unterstützung können wir weiterhin unsere Aktionen durchführen. Am jährlichen Dankesapéro für die Freunde des Freisinns zeigen wir gerne, was für Projekte wir mit den Beiträgen finanzieren. Von Standaktionen, Versammlungen,

Jungfreisinn FC, der Lancierung der kantonalen Initiative und Mithilfe bei Kampagnen ist alles dabei, wobei uns natürlich jeder Zustupf freut.

#### Kim Rast

Präsidentin Jungfreisinnige Kanton Luzern



#### Abstimmung vom 13. Juni 2021

# Für den fairen Parkplatzkompromiss

Am 13. Juni 2021 stimmen wir in der Stadt Luzern über zwei Parkreglemente und somit über unseren Parkplatzkompromiss in der Form zweier Gegenvorschläge ab.

Der Stadtrat überarbeitete die veralteten Parkreglemente unter Mitwirkung der breiten Bevölkerung. Der daraus entstandene Parkplatzkompromiss erforderte ein Entgegenkommen aller Beteiligten. Der Grosse Stadtrat hat daraufhin den aufwendig erarbeiteten Kompromiss unnötig verschärft. Dagegen reichte ein breit aufgestelltes Komitee auf Initiative hin der FDP.Die Liberalen Stadt Luzern das konstruktive Referendum in Form zweier Gegenvorschläge erfolgreich ein.

#### Bleiben wir mobil – 2x Ja für den Gegenvorschlag

Mit den beiden Gegenvorschlägen wollen wir ein

klares Zeichen setzen für eine fortschrittliche Autoparkierung und eine attraktive Innenstadt. Die noch weiter gehenden Verschärfungen des Grossen Stadtrates insbesondere in den Aussenquartieren lehnen wir hingegen klar ab. Für uns steht fest: Die Stadt muss mobil bleiben!

#### **Breit aufgestelltes Komitee**

Hinter dem Parkplatzkompromiss und somit den beiden Gegenvorschlägen steht ein breit aufgestelltes Komitee bestehend aus FDP, CVP, GLP, SVP, deren Jungparteien, City Vereinigung, Detaillistenverband, Hauseigentümerverband, Hotelverband, KMU Littau Reussbühl, TCS und dem Wirtschaftsverband. Unterstützen Sie uns und treten jetzt dem Komitee bei!

Weitere Informationen: https://www.parkplatzkompromiss.ch

#### **FDP-Senioren**

# Eine grüne Oase wird erneuert

Am 30. April luden die FDP-Senioren zu einem interessanten Waldbesuch in den Bireggwald ein. Die Teilnehmenden erfuhren aus kompetentem Mund von Führer Koni Suppiger, was es braucht, damit der Wald gesund bleibt, und erhielten Einblick in die ebenso vielfältigen wie wichtigen Arbeiten, die zur Waldpflege gehören.

## FDP-Reise verschoben auf den 22. bis 26. August 2021

Corona-bedingt musste die für den 30. Mai bis 3. Juni geplante FDP-Reise auf Ende August verschoben werden. Das Programm bleibt wie vorgesehen. In der Nähe bleiben – entspannt reisen – Freunde treffen – plaudern und fein essen – alte Erinnerungen auffrischen – Neues entdecken: Unter diesen Vorzeichen steht die FDP-Reise 2021. Vom Parkhotel Inseli in Romanshorn aus erkundet die Gruppe in interessanten, Corona-konform zusammengestellten Tagesausflügen die wunderschöne Umgebung des Bodensees.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Isabel Isenschmid, Tel. 041 360 47 43, E-Mail: isabel. isenschmid@bluewin.ch.



Interessanter Waldbesuch im Bireggwald.

#### **Grosser Rat**

# **Breite Einflussnahme**

Die Grossstadträte und Grossstadträtinnen haben seit Erscheinen des letzten «Freisinns» erneut viel Gebrauch gemacht von ihren parlamentarischen Möglichkeiten:

- Bewusstsein für eine verantwortungsvolle Public Corporate Governance schärfen: Marco Baumann, Sonja Döbeli Stirnemann und Damian Hunkeler bitten den Stadtrat, sicherzustellen, dass die Verwaltungsräte der stadtnahen Betriebe fachkompetent besetzt werden.
- Nachhaltige Weiterentwicklung Mobilitätsreglement: Fabian Reinhard fordert den Stadtrat auf, das geltende «Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität» zu aktualisieren und die Erreichbarkeit der Stadt zu verbessern.
- Parkplatzlösung für Stadtluzerner Vereine schaffen: Marco Baumann moniert, dass der Stadtrat das Parkverbot auf Schulhausplätzen für Vereine abends rasch umgesetzt und noch keine Lösung erarbeitet hat.
- MS Mythen vor Verschrottung retten: Fabian Reinhard möchte bewirken, dass der Stadtrat die Idee einer alternativen Nutzung für das MS Mythen evaluiert, damit das Schiff nicht verschrottet wird.
- Mediterrane Nächte: Fabian Reinhard bittet den Stadtrat, in einem Pilotversuch die Öffnungszeiten der Boulevardgastronomie zu festgelegten Zeiten zu ermöglichen.
- Politische Bildung an Volksschulen stärken:
   Marco Baumann möchte vom Stadtrat geprüft haben, wie diesem Thema an den Volksschulen mehr Gewicht verliehen werden kann.

# **AGENDA**

#### 1. Juli\*

14.25 Uhr: Besichtigung Altstadt Zug, Treffpunkt beim Zytturm (Kolinplatz)

#### 22. bis 26. August\*

FDP-Reise an den Bodensee (s. Hinweis)

#### 30. August

19.30 Uhr: Parteiversammlung

#### 16. September

Sommerfest (Datum provisorisch)

\*Anmeldung erforderlich

Orientieren Sie sich über die Durchführbarkeit unserer Veranstaltungen auf www.fdp-stadtluzern.ch oder rufen Sie die Geschäftsstelle an (041 210 20 28).

Weitere Termine: www.fdp-stadtluzern.ch



Die FDP Frauen haben die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf seit Jahren auf die politische Agenda gehievt. Hohe Kinderbetreuungskosten und die «Heiratsstrafe», die verheiratete und in eingetragener Partnerschaft lebende erwerbstätige Paare steuerlich für ihr Zweiteinkommen zusätzlich zur

Am 27. September 2020 lehnte das Schweizer Stimmvolk eine Erhöhung der Steuerabzüge für familienexterne Kinderbetreuung auf CHF 25 000 pro Kind sowie des allgemeinen Kinderabzuges auf CHF 10 000 mit wuchtigen 63,2 Prozent ab. Wenn auch die FDP.Die Liberalen-Frauen die höheren Fremdbetreuungsabzüge bei den direkten Bundessteuern auf CHF 25 000 pro Kind und Jahr mit Enthusiasmus befürworteten, waren wir gegenüber der Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs sehr kritisch eingestellt. Dies, weil er aus volkswirtschaftlicher Sicht eine teure Entlastungsmassnahme mit geringer (oder gar negativer) Auswir-

Kasse bittet, schaffen enorme finanzielle Fehlanreize.

kung auf die Berufstätigkeit von Müttern dargestellt hätte. Aus diesem Grund reichte FDP-Nationalrätin Christa Markwalder bereits in der Sommersession 2020 eine parlamentarische Initiative ein, welche nur die Erhöhung der Abzüge für die familienexterne Betreuung fordert.

#### Neuer Anlauf für Steuerabzüge

Diese auf die Drittbetreuungskosten beschränkte Erhöhung der Steuerabzüge hat nachweislich bessere Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit voraussichtlichen Steuerausfällen von rund CHF 10 Mio. pro Jahr ist sie Die FDP Frauen setzen sich dafür ein, dass sich Familie und Beruf besser vereinbaren lassen.

zudem sehr günstig im Vergleich zur abgelehnten Vorlage, welche zu Mindereinnahmen von rund CHF 360 Mio. pro Jahr geführt hätte. Das sah auch die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) so und verabschiedete am 13. April 2021 mit 20 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung einen Erlassentwurf zuhanden des Nationalrates. Die Vorlage wird in der Sommersession 2021 behandelt.

#### Modernes Steuersystem ist gefragt

Doch das Ringen um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf lässt sich im Steuerbereich nicht nur mit einer Erhöhung der Abzüge für die familienexterne Kinderbetreuung erreichen. Vielmehr ist eine ganzheitliche Strategie gefordert, welche steuerliche Fehlanreize nachhaltig beseitigt. Dazu gehört auch der Wechsel von der heutigen Ehepaarbesteuerung zur zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung. Dieses Thema forcierte FDP-Nationalrätin Christa Markwalder ebenfalls mit einer Motion im Nationalrat, die ebenfalls in der Sommersession behandelt werden soll. Zusätzlich wird durch die von den FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz im März 2021 lancierte Volksinitiative weiter Druck auf den Bundesrat aufgebaut, sich dieses wichtigen Themas endlich anzunehmen.

#### Fachkräftepotenzial besser nutzen

Durch einen Wechsel zur Individualbesteuerung können negative Erwerbsanreize, welche vor allem gut ausgebildete Frauen vom Arbeitsmarkt abhalten, beseitigt werden. Die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren mit Zweitverdienst ist sowohl aus gleichstellungspolitischer als auch aus wirtschaftspolitischer Sicht nicht länger zu verantworten. Investiert doch der Staat jedes Jahr eine enorme Summe an Steuergeldern in die Ausbildung von Fachkräften, deren Potenzial schlussendlich nicht ausgeschöpft werden kann. Darum setzen wir uns für ein fortschrittliches, faires Steuersystem ein – helfen auch Sie mit und unterschreiben Sie unsere Volksinitiative unter www.individualbesteuerung.ch. Herzlichen Dank!

#### Ursina Flütsch

Projektleiterin Politik und Medien, FDP Frauen Schweiz

#### CO<sub>2</sub>-Gesetz



Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG (Talus), unterstützt das CO<sub>2</sub>-Gesetz. Für den Unternehmer ist klar, dass Anreize für umweltfreundliches Verhalten viel bewirken können. So produziert das Berner Unternehmen einen Drittel seines Strombedarfs selbst.

Einen Stuhl, einen Schreibtisch, einen PC, ein (damals klobiges) Handy und etwas Aktienkapital. Das war die Mitgift, die man mitbringen musste, wenn man Ende 1994 zu den Gründern der damaligen Tankred - Dienstleistungen für Verwaltungen AG (heutige Talus) - gehören wollte. Zwölf Gründer wagten den Schritt in die Selbstständigkeit und legten den Grundstein für das Informatikunternehmen, das heute gut 100 Mitarbeiter zählt. Zu den Initianten gehörte auch Michael Hänzi. Der heutige Mitinhaber und Verwaltungsrat hat die Entwicklung von der kleinen IT-Firma zum Anbieter für IT-Gesamtlösungen miterlebt und mitgeprägt. Heute zählt die Talus, die im bernischen Seedorf beheimatet ist, zahlreiche Gemeinden, Städte und Energieversorger zu ihren Kunden, die aus der ganzen Deutschschweiz und dem Tessin stammen. «Eigentlich wollten wir nie wachsen», sagt Hänzi. «Um der steigenden Anzahl Kunden ausreichenden Service zu bieten, wurden mehr Mitarbeiter nötig, und das führte schliesslich zur heutigen Grösse.»

#### **Umweltschutz seit 1994**

Der Firmenmitbegründer führt engagiert durch seinen geräumigen Betrieb und nimmt gerne zwei Treppenstufen auf einmal. Wegen der Homeoffice-Pflicht sind die meisten Mitarbeiter nicht anwesend. In normalen Zeiten können sie aber von einer Kantine und Aufenthaltsräumen profitieren. Pingpongtische und gelbe Wände erinnern entfernt an einen etwas grösseren Techkonzern. «Wir wurden



Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG.

auch schon als Google aus dem Seeland bezeichnet», sagt Hänzi lachend.

In den 27 Jahren seit der Gründung der Talus hat sich die IT-Welt fundamental gewandelt. Nicht verändert hat sich bei der Talus die Haltung, umweltschonend zu handeln. Bereits in den Unternehmensgrundsätzen von 1994 stand: «Wir wollen im

# Drei Unternehmer für das CO<sub>2</sub>-Gesetz



«Mit diesem Gesetz holen wir mehr Wertschöpfung in die Schweiz und senken gleichzeitig den CO<sub>2</sub>-Ausstoss.»

Michael Schär

Stv. Geschäftsführer Hector Egger Holzbau

Rahmen unserer Möglichkeiten die Umwelt schonen und mit den begrenzten Ressourcen sorgfältig umgehen.» Diesen Grundsatz hat das Unternehmen seither beherzigt und auf verschiedenste Weise umgesetzt. In den letzten Jahren liess die Talus ihre Räumlichkeiten analysieren und nahm verschiedene energetische Sanierungen vor. Dank diesen Verbesserungen und einer Photovoltaikanlage auf dem Dach, die jährlich ca. 424 000 kWh produziert und damit einen Drittel des Strombedarfs des Unternehmens abdeckt. «Dank unserem erfreulichen Geschäftsgang in den letzten Jahren konnten wir uns diese Investitionen leisten und unsere Umweltbilanz verbessern», sagt Hänzi. Wenn es um den Energieverbrauch geht, steht die IT-Branche weniger im Fokus als andere. Dabei sind die rund 900 Server, die bei der Talus im Keller stehen, auch energieintensiv. Das Unternehmen setzt für die Kühlung des Rechenzentrums auf eine sogenannte Free-Cooling-Anlage, die mit geringem Energieaufwand die Umgebungskälte nutzt.



«Die Zeit ist reif für das CO<sub>2</sub>-Gesetz. Der langfristige Nutzen ist grösser als mögliche

**Daniel Arn** 

**CEO Hans Christen AG** 



Support für das CO2-Gesetz

Für Hänzi ist klar, dass Unternehmen eine Verantwortung haben, die über Gewinnzahlen hinausgeht. Deshalb unterstützt Hänzi auch das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz, das am 13. Juni zur Abstimmung kommt. «Für mich ist zentral, dass mit Anreizen statt Verboten operiert wird. Dadurch gedeihen Innovation und Technologie am besten», betont Hänzi. Ein absolutes Verbot von Ölheizungen wäre aus seiner Sicht beispielsweise übertrieben, da es topografische Gegebenheiten gebe, die Alternativen verunmöglichen würden.

Als ehemaliger FDP-Gemeinderat von Wohlen bei Bern kennt Hänzi nicht nur die unternehmerische Position, sondern auch die Politik gut. «Die öffentliche Hand hat genauso eine Verantwortung wie die Unternehmen. Ein Miteinander ergibt gute Lösungen», ist Hänzi überzeugt. Mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz würden die Grundlagen dafür geschaffen. Der Unternehmer setzt sich auch dafür ein, dass die Talus ihr Engagement im Umweltbereich fortsetzt:

«Green IT ist immer mehr ein Verkaufsargument.» Für Hänzi ist klar: «Wirtschaftlich und nachhaltig denken muss kein Widerspruch sein.»

Marco Wölfli

#### Blueprints.ch

Auf der neuen Plattform Blueprints.ch hält die FDP ihr Engagement in Sachen Umweltund Klimapolitik fest. Dazu zählen nicht nur Aktionen auf Bundesebene, sondern auch in den Kantonen und Gemeinden. Neu ist der Bereich Blue KMU, wo Porträts von innovativen, nachhaltigen (und liberalen) Unternehmen zu finden sind. Halten Sie Ihre Smartphone-Kamera auf den QR-Code und Sie gelangen direkt auf Blueprints.ch.



«Eine florierende Wirtschaft funktioniert nur mit gesunden Menschen in einer gesunden Umwelt.»



«Das CO2-Gesetz sorgt für Investitionen in der Schweiz, die dem Gewerbe und lokalen Firmen zugutekommen.»

**Martin Flury** Meisterlandwirt

#### **Schweizer Agrarpolitik**

Reformen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sind bereits aufgegleist.



Die Agrarinitiativen, über die wir am 13. Juni abstimmen, rücken die Schweizer Landwirtschaft noch mehr als sonst in den Fokus der öffentlichen Debatte. Das düstere Bild, das von der Landwirtschaft gezeichnet wird, ist vor allem Abstimmungspolemik und dient der Skandalisierung. Zeit also für einen Schritt zurück und den Blick auf konstruktive Lösungen zugunsten einer zukunftsfähigen Landwirtschaft.

Seit geraumer Zeit häufen sich die negativen Berichterstattungen rund um unser Trinkwasser. Zu lesen ist von überschrittenen Grenzwerten, zu hohen Antibiotikarückständen oder der Überdüngung unserer Böden. Diese Erkenntnisse und Risiken sind ernst zu nehmen und mit geeigneten Instrumenten zu begegnen. Wir alle wollen eine Schweiz mit gesundem Trinkwasser und gesunden Lebensmitteln – und ich persönlich bin nicht bereit, weder auf das eine noch auf das andere zu verzichten. Klar ist aber auch, dass die Initianten aus strategischem Kalkül diese Berichterstattung

zugunsten ihrer Anliegen nutzen. Die daraus entstehende Polemik soll Unsicherheit und Angst wecken – um die Abstimmungen zu gewinnen. Auf der Strecke bleiben dabei leider zu oft die sorgfältige Auseinandersetzung mit den Fakten. Denn diese sind bei weitem nicht so skandalbehaftet und

rechtfertigen es, beide Initiativen zu verwerfen, weil sie klar über das Ziel hinausschiessen.

#### Signifikante Verbesserungen erzielt

Die vielen positiven Entwicklungen werden in der Debatte ausgeblendet: Allein in den letzten zehn Jahren ging der Verbrauch an chemischen Mitteln für die konventionelle Landwirtschaft um 40 Prozent zurück. Auch insgesamt ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im selben Zeitraum um 27 Prozent gesunken.

Wichtig zu wissen: Alle verwendeten Pflanzenschutzmittel sind von den Behörden offiziell zugelassen, und es gibt ständige, strenge Kontrollen. Wird also zum Beispiel im EU-Raum ein Pflanzenschutzmittel verboten, weil es als gesundheit-

«Die vielen aufgegleisten Massnahmen zeigen: Bund und Parlament ist es ernst.»

lich als gefährlich eingeschätzt wurde, hat das direkte Konsequenzen auf die Zulassung in der Schweiz. Auch das Trinkwasser wird behördlich überwacht und hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards. Wir können unser Hahnenwasser bedenkenlos trinken – heute wie auch morgen.

#### Lebensmittelgesetz setzt hohe Standards

Der Gesetzgeber stellt mit dem Lebensmittelgesetz (LMG) ein griffiges Instrument für sauberes Trinkwasser und Lebensmittel bereit. Dort gilt «Wasser für den menschlichen Konsum» als Lebensmittel. Darin legt der Bund auch Rückstandshöchstgehalte von Pestiziden und Nitrat fest, bei deren Einhaltung Lebensmittel inklusive Trinkwasser als gesundheitlich unbedenklich gelten. Stellt die Vollzugsbehörde gesundheitsschädliche Überschreitungen fest, hat es mit Art. 34 LMG die notwendigen Instrumente, um rasch zu handeln.

#### Handlungsbedarf erkannt und korrigiert

Es ist aber nicht so, dass sich die Politik und die zuständigen Behörden mit den jetzigen Erfolgen oder Standards zufriedengeben. Darum nimmt etwa die parlamentarische Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» die Kernanliegen der Initiativen direkt auf. Bis 2027 sollen die mit Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken für Oberflächengewässer, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser um 50 Prozent reduziert werden – der Bundesrat kann zudem den weiteren Absenkpfad festlegen. Bei einer Grenzwertüberschreitung verliert das betreffende Produkt seine Zulassung. Hier wurde ein zentrales Anliegen der Initianten aufgenommen. Nicht zuletzt zeigt der «Massnahmenplan sauberes Wasser», der die parlamentarische Initiative genauer definiert und aktuell in der Vernehmlassung ist, dass es dem Bundesrat ernst ist.

Ein weiteres Beispiel ist der Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Damit sollen die Risiken halbiert und Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Bereits mit dem Start des Aktionsplans Pflanzenschutz im Jahr 2017 haben die Behörden zahlreichen Wirkstoffen die Zulassung entzogen. Im Frühling hat das Parlament die Regeln bei der Pestizidzulassung noch weiter verschärft. Mit dem Aktionsplan werden laut einer Prognose des Forschungszentrums Agroscope des Bundesamtes für Landwirtschaft in fünf Jahren 45 Prozent der freien Flächen und Felder mit mehrjährigen Kulturen pestizidfrei. Das ist schneller und konkreter umsetzbar als mit den extremen Agrarinitiativen – und führt zu weniger unerwünschten Nebeneffekten.

# «Die Schweiz hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards in der Lebensmittelqualität und beim Trinkwasser.»

#### AP22+ als Chance für die Schweizer Landwirtschaft

Die FDP hat alle diese bereits ergriffenen Massnahmen unterstützt und sich in ihrem Positionspapier vom Sommer 2019 für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik erneut klar zu einer ökologischeren Landwirtschaft bekannt. Anstatt diese aber mit den extremen Agrarinitiativen mit dem Vorschlaghammer zu forcieren, will die FDP das Ziel mit richtig gesetzten Rahmenbedingungen, Anreizen und mit Technologieoffenheit erreichen. Selbstredend unterstützen wir ebenso die Senkung des Einsatzes der Pflanzenschutzmittel, allerdings wäre ein komplettes Anwendungsverbot dieser Wirkstoffe kontraproduktiv. Es fehlen wirksame Alternativen in diversen Kulturen. Bei einem vollständigen Verzicht wäre die Qualitätsproduktion gefährdet, und es droht eine hohe Resistenzgefahr.

Anstatt zu skandalisieren, will die FDP mehr Zeit in die Weiterentwicklung der Agrarpolitik investieren. Ein zentraler Pfeiler in dieser umfassenden Debatte ist die Agrarpolitik nach 2022 (AP22+). Sie baut auf den vorhergehenden Mass-

nahmen auf und soll einerseits dazu beitragen, die Schweizer Landwirtschaft und insbesondere gesunde Schweizer Lebensmittel und Trinkwasser zu sichern. Andererseits soll sie zur Stärkung der Effizienz der Betriebe und zur Reduktion der Umweltbelastung führen. Die stark kritisierte Aufschiebung der Debatte über die AP22+ blendet jedoch aus, dass der ursprüngliche Entwurf bei weitem nicht den Ansprüchen einer umfassenden Weiterentwicklung gerecht wurde. Produktionsentscheide sollen verstärkt auf die Nachfrage der Konsumenten, Selbstverantwortung und Innovationskraft der Landwirtschaft ausgerichtet werden. Es war darum richtig, für die AP22+ eine Gesamtschau zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik mit der vertieften Prüfung von Verbesserungsmöglichkeiten zu fordern. Nur so können die Weichen für eine zukunftsgerichtete Schweizer Landwirtschaft mit einer qualitativ hochstehenden Produktion in einem wettbewerbsfähigen Umfeld gestellt werden.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



Die beiden Agrarinitiativen schiessen übers Ziel hinaus.

#### **Abstimmung**



Am Covid-19-Gesetz droht sich die über das letzte Jahr aufgestaute Frustration zu entladen. Es wäre der falsche Prügelknabe. Denn bei einer Ablehnung entfallen auch die wirtschaftlichen Hilfen, die die Unternehmen vor pandemiebedingten Konkursen und Massenentlassungen bewahrt haben.

Die Pandemie schränkt seit mehr als einem Jahr unser Leben ein. Mit zunehmender Dauer nimmt der Unmut in der Bevölkerung zu. Verständlich, denn Covid-19 gefährdet nicht nur die Gesundheit, sondern auch viele Existenzen. Ventil des Frustes ist das Covid-19-Gesetz, das als Prügelknabe für alles herhalten muss. Das ist völlig verfehlt: Denn das Covid-19-Gesetz ist der Rettungsring, der dafür sorgt, dass viele Unternehmen nicht untergehen.

#### Widerstand beruht auf irrtümlichen Annahmen

Die Gegner des Gesetzes schrecken vor keiner falschen Behauptung zurück. Umso wichtiger ist es darum klarzumachen, was das Covid-19-Gesetz nicht regelt. Schutzmassnahmen und Lockdowns regelt das Epidemiengesetz. Genauso wenig enthält

die Vorlage eine Impfpflicht oder ein Maskenobligatorium. Entgegen den falschen Behauptungen ändert ein Nein am 13. Juni nichts an Schutzmassnahmen und Lockdowns.

#### Unterstützung für die gebeutelte Wirtschaft

Dahingegen bildet das Gesetz die Grundlage für die dringend notwendigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen für die betroffenen Unternehmen Das Covid-19-Gesetz bildet die Grundlage für die Unterstützung betroffener Betriebe wie zum Beispiel Restaurants.

und die Bevölkerung. Dazu zählen vereinfachte Kurzarbeitsentschädigungen für Angestellte sowie finanzielle Unterstützung für Unternehmen, insbesondere in den stark gebeutelten Sektoren Gastronomie, Tourismus, Medien, Kultur und Sport. Auch Selbstständigerwerbende erhalten dadurch Anrecht auf eine Entschädigung. Bei einer Ablehnung entfallen diese Unterstützungshilfen nach dem 25. September 2021. Das wäre bei anhaltender Pandemie oder im Falle einer weiteren mutationsbedingten Pandemiewelle nach September 2021 fatal: Konkurse und Massenentlassungen könnten die Folge sein, was die Auswirkungen der Pandemie weiter verschlimmern würde.

#### Engere Leitplanken für den Bundesrat

Darüber hinaus behaupten die Gegner fälschlicherweise, der Bundesrat würde mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet – das Gegenteil ist der Fall. Wie das? Während der Pandemie musste der Bundesrat die Massnahmen zur Abfederung des wirtschaftlichen Schadens mehrheitlich über notrechtliche Verordnungen erlassen. Diese lassen sinnvollerweise einen erheblichen Freiraum zu. Das Covid-19-Gesetz setzt dem Bundesrat hingegen engere Leitplanken und schränkt dessen Kompetenzen klar ein. Beispielsweise garantiert es den Einbezug der Kantone, der Sozialpartner und des Parlaments für den Ausbau der Unterstützungsmassnahmen. In der Konsequenz ist der Handlungsspielraum des Bundesrates durch das Covid-19-Gesetz richtigerweise enger definiert, und es besteht nun eine klare, durch das Parlament geschaffene gesetzliche Grundlage.

#### Falsche Zeit für eine Frustbekundung

Jetzt ist nicht Zeit, aus Frustration ein Exempel zu statuieren. Und schon gar nicht die Zeit, den Corona-gebeutelten Unternehmen und der Bevölkerung die wichtigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen zu entziehen. Darum stimme ich am 13. Juni Ja zum Covid-19-Gesetz.

#### Regine Sauter

Nationalrätin ZH

«Das Covid-19-Gesetz ist ein wichtiger Schritt weg vom Notrecht hin zu einem von der Bundesversammlung legitimierten Krisenmanagement.»

#### **Abstimmung**

Damian Müller (rechts) und zahlreiche weitere Parlamentarier unterstützen die Vorlage.

(Bild: Thimea Häfliger)



Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Schweiz schon 2017 verpflichtet, ihren Beitrag zu leisten, damit die internationale Gemeinschaft von über 190 Vertragsstaaten des Pariser Abkommens die globale Erwärmung auf 1,5 °C begrenzen kann. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist wirtschaftsfreundlich ausgestaltet, was sich unter anderem durch die breite Unterstützung der Wirtschaft zeigt. Die Ja-Allianz besteht aus fast allen Parteien (FDP, Mitte. Grünliberale, Grüne, EVP und SP), zahlreichen Wirtschaftsverbänden und mehr als 90 zivilgesellschaftliche Organisationen.

Der Klimawandel ist ein globales Problem, und wir müssen Massnahmen ergreifen, um die bereits heute sichtbaren Folgen wie den Rückzug der Gletscher, die Zunahme extremer Wetterereignisse, die Verschiebung der Niederschläge in den Winter und den Rückgang der Artenvielfalt zu dämpfen. Es zeigt sich: Wir sind auf dem richtigen Weg, es muss aber noch mehr getan werden, wenn die Schweiz ihre Reduktionsziele bis 2030 erreichen will.

#### Das Verursacherprinzip wird gestärkt

Im Zentrum des CO<sub>2</sub>-Gesetzes steht das Verursacherprinzip. Das bedeutet, dass «wer mehr verschmutzt, mehr zahlt». Somit profitieren beispielsweise Hauseigentümer, die weniger Heizöl verbrauchen oder anstelle von Öl und Gas mit erneuerbaren Energien heizen. Eine Familie, die sich entscheidet, weniger oder gar nicht zu fliegen, profitiert ebenfalls. Die Folge daraus ist, dass die Landbevölkerung vom CO2-Gesetz profitiert, während die Städterinnen und Städter einen Anreiz erhalten, ihren Verbrauch fossiler Energien zu reduzieren.

#### Die ganze Welt handelt – wir machen mit

Beim Klimaschutz geht es nicht nur um einzelne nationale Massnahmen, sondern um ein globales

Miteinander. Die Schweiz hat sich international mit 190 weiteren Staaten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zu mehr Klimaschutz bekannt. Die USA ist nach der Wahl ihres neuen Präsidenten Joe Biden wieder zum Kreis der Unterstützer des Pariser Klimaabkommens zurückgekehrt. Auch die Europäische Union, Japan, Kanada und sogar China haben in den Jahren 2020 und 2021 verstärkte Klimaziele beschlossen.

#### Das CO<sub>2</sub>-Gesetz fördert die Innovation

Mit dem Klimafonds werden neue Projekte zur Förderung von Innovation gezielt unterstützt, wie zum Beispiel die Planung und Finanzierung von Fernwärmenetzen als wichtigen Beitrag an die Dekarbonisierung des Wärmesektors oder der Aufbau von Ladestationen für Elektroautos als zentraler Hebel für eine rasche Elektrifizierung der Mobilität. Auch unterstützt der Fonds die Sanierung von Gebäuden und von Ersatzneubauten sowie den Einbau von CO2-freien Heizungen. Und schliesslich erhalten Schweizer Unternehmen mit dem Klimafonds Unterstützung, um klimafreundliche Technologien rascher auf den Markt zu bringen. Zu den Nutzniessern gehört deshalb auch die Luftfahrtindustrie, denn bis zu 49 Prozent der Flugticketabgabe können dafür verwendet werden, innovative Methoden zur Produktion erneuerbarer Flugtreibstoffe voranzubringen. Während aktuell das Fliegen mit sogenannter Flugscham behaftet ist, zielt das CO2-Gesetz darauf, auch das Fliegen klimaverträglich zu machen, und für die Schweiz entstehen neue Chancen im globalen Wettbewerb.

#### Weniger Abhängigkeit von fossilen Energien

Das CO2-Gesetz hilft der Bevölkerung und der Wirtschaft, die Abhängigkeit von importiertem Öl, Gas und Kohle frühzeitig zu reduzieren. Jedes Jahr fliessen rund 8 Milliarden Franken für fossile Energien ins Ausland. Mit dem neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz können wir einerseits diese Abhängigkeiten der Schweiz schrittweise reduzieren und andererseits früh den Weg für neue, nicht fossile Sektoren ebnen, die unsere Versorgungssicherheit in Zukunft gewährleisten.

#### Das Gesetz basiert auf dem Positionspapier der FDP

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ein konsequenter Schritt, den auch die Basis der FDP fordert, und unsere Fraktion hat das Gesetz im Parlament massgeblich mitgeprägt. Dabei wird auf Lenkungsabgaben und Innovation gesetzt anstatt auf Verbote. Auch sorgt das CO2-Gesetz dafür, dass wir keine Kosten auf dem Buckel der kommenden Generationen verursachen. Die ganze Welt handelt und wir machen mit – das ist fair und verursachergerecht.

Damian Müller, Ständerat LU

#### **Abstimmung**



Die Schweiz stimmt am 13. Juni über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt, weshalb das Gesetz eine wichtige Lücke schliesst.

Inwiefern kann das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (PMT) helfen, Terroranschläge zu verhindern? Reichen die bestehenden Gesetze nicht aus? Nein. Heute kann die Polizei erst eingreifen, wenn bereits eine Straftat verübt wurde. Künftig soll die Polizei im Sinne der Gefahrenabwehr präventiv handeln können. Wir schliessen mit PMT eine wichtige Lücke. Auch in der Schweiz gibt es Personen, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht.

Mit PMT könnte einer Person beispielsweise ein Kontaktverbot zu radikalisierten Gruppen oder ein Ausreiseverbot auferlegt werden, um eine Reise in den Jihad zu verhindern.

Gibt es konkrete Beispiele, wo die PMT-Massnahmen helfen würden? Ein konkretes Beispiel ist der Fall des früheren Vorbeters der Winterthurer An'Nur-Moschee. Er sitzt wegen IS-Beteiligung eine Gefängnisstrafe ab, spricht aber aus der Haft heraus Drohungen aus. Was passiert mit dem Mann, wenn er seine Strafe verbüsst hat? Um weitere Taten zu verhindern, könnte ihm zum Beispiel ein Kontaktverbot zu radikalisierten Islamisten auferlegt werden. Auch den Attentäter von Morges hätte man möglicherweise besser begleiten können. Ob man den Anschlag verhindert hätte, wissen wir nicht. Sicher ist aber: Heute fehlen uns die Instrumente zur Prävention und polizeilichen Gefahrenabwehr

Die Gegner befürchten einen massiven Eingriff in die Grundrechte. Zu Recht? Nein, im Gegenteil. Die vorgeschlagenen Massnahmen dienen der Sicherung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen und dem Schutz der Freiheit der Menschen in der Schweiz. Hier geht es um ein Gesetz, das alle rechtsstaatlichen Garantien gewährleistet. Jede Massnahme muss verhältnismässig sein und kann vor einem Gericht angefochten werden. Die Eingrenzung auf eine Liegenschaft muss ein Zwangsmassnahmengericht bewilligen. Wir schützen nicht die Freiheit der Terroristen, wir schützen die Freiheit der Bügerinnen und Bürger. Zudem nimmt die Schweiz mit PMT international keine Sonderrolle ein: Grossbritannien, Frankreich, Deutschland oder die Niederlande setzen bei der Terrorismusbekämpfung vergleichbare Massnah-

Sind die PMT-Massnahmen und insbesondere der Hausarrest vereinbar mit der EMRK und der UN-Kinderrechtskonvention? Ja. Wir haben die Vereinbarkeit mit der EMRK von Professor Andreas Donatsch gründlich abklären lassen. Das Gesetz respektiert auch die Kinderrechtskonvention. Erzieherische und Kinderschutzmassnahmen haben immer Vorrang. Wir sehen leider auch, dass gerade junge Menschen oft anfällig sind und sich leicht radikalisieren lassen. Die Dschihad-Reisenden aus Winterthur waren 15 und 16 Jahre alt. In der Ostschweiz hatte die Polizei einen minderjährigen Bombenbauer verhaftet. In Grossbritannien betrifft inzwischen jede zehnte Verhaftung im Zusammenhang mit Terrorismus einen Teenager.

Inwiefern stützt sich das PMT auf bereits erprobte Instrumente? Präventiv-polizeiliche Massnahmen sind nichts Neues. Sie dienen der Gefahrenabwehr. Schon heute kann beispielsweise ein gewalttätiger Hooligan am Betreten eines Stadions gehindert werden. Auch bei häuslicher Gewalt kann die Polizei einschreiten, bevor etwas passiert. Das Gleiche wollen wir auch mit PMT erreichen. Es kann ja nicht sein, dass wir präventiv gegen Hooligans vorgehen können, nicht aber gegen terroristische Gefährder.

Interview: Mario Epp

# Bilateraler Weg ist der Königsweg

Gesamtbundesrat steht in der Verantwortung

Die FDP begrüsst die Absicht des Bundesrates, den Kontakt mit der EU aufrechtzuerhalten. Solange beide Parteien noch am Verhandlungstisch sind, gilt es, die erfolgreiche Verabschiedung des Rahmenabkommens durch den Bundesrat weiterzuverfolgen. Als mögliche Alternative hat die FDP-Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan verabschiedet.

Die Schweiz und die EU sind wirtschaftlich eng verflochten. Zuverlässige Beziehungen sind deshalb elementar, und die FDP hat sich stets für den gesicherten bilateralen Weg eingesetzt. In der Diskussion über das Rahmenabkommen erwartet die FDP nun vom Bundesrat, dass er Transparenz schafft über die erfolgten technischen Gespräche und damit eine Beurteilung über deren Fortschritte zulässt. Die FDP-Bundeshausfraktion hat sich bereits mehrmals und intensiv mit dem Rahmenabkommen auseinandergesetzt und ihre Position aus der Konsultation des Rahmenabkommens von 2019 mehrfach bestätigt. Darin hat sie sich grundsätzlich positiv zum Rahmenabkommen geäussert, wobei in drei Bereichen noch Konkretisierungen notwendig sind: Unionsbürgerrichtlinie, Lohnschutz und Guillotine.

Die Teilnahme am Binnenmarkt ist und bleibt der mit Abstand beste Weg, um den Wirtschaftsstandort und damit auch den Wohlstand in der Schweiz zu sichern. Der Gesamtbundesrat steht bezüglich der Verhandlungen nach wie vor in der Führungsverantwortung und muss jetzt Lösungen vorlegen, die für beide Seiten akzeptabel sind. Sollte das nicht möglich sein, muss nach einem anderen Ansatz gesucht werden, um die bilateralen Beziehungen zur EU zukunftsfähig zu gestalten. Zu diesem Zweck hat die FDP-Liberale Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan entwickelt und am 16. April einstimmig verabschiedet.

#### 1. Säule: Internationale Massnahmen mit der EU

Der Gesamtbundesrat ist in der Verantwortung, die Weiterentwicklung des bilateralen Weges zu sichern. Das wird weder schnell noch einfach möglich sein. Optionen dazu können sein:

Limitierte Dynamisierung der Bilateralen: Die technischen Sachbereiche, wie insbesondere MRA und Luftverkehr, werden mittels eines gesonderten Abkommens bereits heute mit der EU geregelt («dynamisiert»). Das würde eine limitierte Dynamisierung der Bilateralen ermöglichen. Wichtige

Bedingung: Verzicht auf «Nadelstiche» (beispielsweise bei der Börsenäquivalenz) und De-Blockierung anderer Abkommen. In die Verhandlungsmasse miteinbezogen werden können im Gegenzug auch offene Punkte der Schweiz wie die Kohäsionszahlungen.

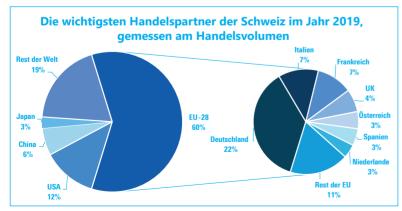
Bilaterale III: Neue Abkommen wie beispielsweise ein Strommarktabkommen, Finanzdienstleitungsabkommen (FDLA) und ein Gesundheitsabkommen können soweit erforderlich mit der von der limitierten Dynamisierung der Bilateralen noch nicht erfassten Abkommen zu einem neuen Vertragspaket der Bilateralen III verbunden werden.

# 2. Säule: Internationale Massnahmen unabhängig von der EU

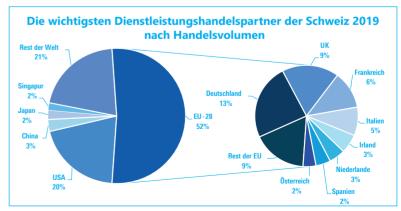
Es sind aktiv Partnerschaften mit Staaten ausserhalb der EU zu suchen oder zu intensivieren. Diese sind möglich im Bereich Freihandel (zum Beispiel Mercosur, Indien, USA, WTO); Forschung und Innovationsförderung (bi- und multilaterale Forschungsprogramme ausserhalb der EU); Bildung (bilaterales Programm mit UK); Landwirtschaft/ Veterinärwesen (Vorbild Abkommen EU-UK); Finanzbranche (Anerkennung Gleichwertigkeit zwischen Grossbritannien und der Schweiz).

#### 3. Säule: Nationale Massnahmen

Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die die Schweiz unilateral umsetzen kann, um die negativen Folgen des Scheiterns abzufedern (Kompensation der erschwerten Marktzugänge und neuen Benachteiligungen): Umsetzung nationales Fitnessprogramm (gemäss FDP-Positionspapier «Vorwärtsstrategie für die Schweiz»); Kompensationsmassnahmen (wie zum Beispiel Alternativen zu EU-Äquivalenzanerkennungen der Börsen); autonomer Nachvollzug zwecks regulatorischer Entlastung der Wirtschaft; autonome Anpassungen, um die Anerkennung der Gleichwertigkeit zu forcieren (wie zum Beispiel Anpassung des Datenschutzgesetzes).



Die Schweiz wies 2019 insgesamt ein Warenhandelsvolumen von 447,49 Mrd. CHF aus. Der Handel mit der EU machte 266,37 Mrd. CHF aus, was einem Anteil von 60 Prozent entspricht.



Die Schweiz verfügte 2019 mit der EU über ein Dienstleistungshandelsvolumen von 131,49 Mrd. CHF. Gemessen am gesamten Dienstleistungshandelsvolumen der Schweiz (252,11 Mrd. CHF) entsprach dies einem Anteil von 52 Prozent.

#### Neu gewählt



Mit der Neuwahl von Peter Hodel und der Wiederwahl von Remo Ankli hält die FDP zwei der fünf Sitze in der Solothurner Kantonsregierung. Der Meisterlandwirt aus Schönenwerd übernimmt das Finanzdepartement und hat grosse Ambitionen.

Die Vorfreude auf die kommende Aufgabe ist Peter Hodel auch am Telefon anzumerken. Der neu gewählte Solothurner Regierungsrat hat soeben die Departementsverteilung hinter sich und zeigt sich zufrieden: «Mit dem Finanzdepartement habe ich mein Wunschdepartement erhalten.» Für Hodel ist klar, dass die Finanzen in der kommenden Legislatur eine besonders wichtige Rolle spielen werden. Dies ist einerseits den finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie geschuldet, andererseits einer kantonalen Initiative, die Steuersenkungen fordert. Für die Initiative, deren Grundsatz Hodel und die FDP unterstützen, wird die Regierung einen Gegenvorschlag erarbeiten. «Das sind Themen, die mich sicher beschäftigen werden», blickt der designierte Finanzdirektor voraus.

Zudem will Hodel eigene Akzente setzen und die Abhängigkeit vom Nationalen Finanzausgleich reduzieren. Solothurn gehört zu den grössten Empfängern pro Kopf. Für Hodel liegt hier Potenzial brach: «Solothurn hat das Potenzial, seine Attraktivität zu steigern, und ich bin überzeugt, dass sich das umsetzen lässt.»

#### Hodel fühlt sich in der Exekutive wohl

Tatendrang und Gestaltungswille zeichnen den Meisterlandwirt aus. Seit 2005 ist er Gemeindepräsident von Schönenwerd (5100 Einwohner) und seit 2014 Fraktionspräsident der FDP, die im Kantonsrat die grösste Fraktion stellt. «Die neun Jahre im Kantonsrat waren spannend, aber ich politisiere am liebsten in der Exekutive», sagt der 54-Jährige.

Peter Hodel ist ab August Solothurner Finanzdirektor.

Dass Peter Hodel überhaupt in den Regierungsrat gewählt wurde, war keineswegs zu erwarten. Nach dem ersten Wahlgang, bei dem der bisherige Freisinnige Remo Ankli das Bestresultat erzielte, waren drei der fünf Regierungssitze vergeben. Peter Hodel lag auf dem sechsten Platz nur gerade 300 Stimmen hinter CVP-Kandidat Thomas A. Müller. «Bei dieser engen Ausgangslage war die Mobilisierung extrem wichtig», betont Hodel. «Die Partei hat Superarbeit geleistet, und wir haben wirklich alles gegeben.» Dieses Engagement schien bei der Bevölkerung anzukommen. Im 2. Wahlgang machte Hodel aus dem Rückstand einen Vorsprung von 1300 Stimmen und holte sich den fünften Sitz auf Kosten der CVP. «Ich habe es erst geglaubt, als auch Olten, die Heimatstadt meines Konkurrenten, ausgezählt war. Noch nie kam mir eine Stunde so lange vor», erzählt Hodel. Als das Resultat feststand, war die Freude riesig.

Nach den Sitzverlusten bei den Kantonsratswahlen bedeutet der gewonnene Regierungssitz für die FDP Solothurn eine grosse Genugtuung. Auch für Hodel: «Die Wahl ist eine grosse Ehre für mich, aber auch eine Belohnung für die zahlreichen Helfer, die sie ermöglicht haben.»

#### **Vom Bauernhof ins Rathaus**

Offizieller Arbeitsbeginn für den neuen Regierungsrat ist der 2. August. Bis Hodel sein Büro im Solothurner Rathaus bezieht, widmet er sich der Übergabe seiner zahlreichen Ämter. Ein sauberer Übergang ist ihm ein grosses Anliegen. Auch für die Arbeit auf dem Bauernhof wird Hodel künftig deutlich weniger Zeit finden. «Wir können die Zusammenarbeit mit dem benachbarten Landwirt verstärken, zudem kann ich auf die grosse Unterstützung meiner Frau zählen.» Mit der getroffenen Lösung sei gesichert, dass auch seine neunjährige Tochter dereinst die Möglichkeit habe, den Bauernhof zu übernehmen. «Sie darf natürlich selbst entscheiden, aber ich will ihr den Zugang zum letzten Bauernhof von Schönenwerd nicht verschliessen», sagt Hodel.

Ab August wird Hodels Fokus mehr auf finanzpolitischen Dossiers statt auf Mutterkuhhaltung und Ackerbau liegen. Er freut sich auf die neue Aufgabe und kann dabei auf einen grossen Rückhalt in der Solothurner Bevölkerung zählen: «Ich habe unglaublich viele Gratulationen und positive Rückmeldungen erhalten. Diese geben mir auch Energie, wenn es einmal schwierig sein sollte.»

Marco Wölfli

Auf die Hochzeit folgt meist eine saftige Steuerrechnung



Plädoyer für die Individualbesteuerung

Vor über 40 Jahren stellte das Bundesgericht fest, dass Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren benachteiligt sind. Trotzdem ist bis heute nichts passiert. Wie kann das sein?

«Kamylla, du machst einen Fehler», das war einer der ersten Sätze, den ich gehört habe, als ich meine Hochzeit verkündete. Der Satz bezog sich nicht etwa auf die Wahl meines Ehemannes Samuel, sondern darauf, dass wir als verheiratetes Paar, noch ohne Kinder, einmal den Bund der Ehe eingegangen, mehr Steuern bezahlen als zuvor.

Durch den ganzen Hochzeitsstress vergass ich diese Aussage schnell wieder, und es kam mir erst wieder in den Sinn, als sich die neue Steuerrechnung im Posteingang befand. Eine kleine Nebenbemerkung – die Steuerrechnung hatten wir bereits vier Tage nach der Trauung im Briefkasten. Wenn doch die Verwaltung immer so schnell und effizient wäre.

#### Freie Entscheidung eingeschränkt

Dabei störte ich mich nicht einmal daran, dass wir prinzipiell nun mehr Steuern bezahlen müssen. Wir leben schliesslich in der Schweiz, und ich denke, dass hier im Gegensatz zu anderen Ländern diese Einnahmen der Steuern doch grösstenteils vernünftig eingesetzt werden. Auch geht es mir nicht um den Schutz der Ehen, ich beziehe mich aber darauf, dass ich hier in meiner freien Entscheidung eingeschränkt werde respektive eine finanzielle «Bestrafung» erhalte, wenn ich mich für eine Heirat entscheide.

Ich bin der Meinung, jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand. Die Individualbesteuerung ist der Schlüssel zu einer nachhaltigen und fairen Steuerpolitik, deshalb lege ich Ihnen, werte Leser, nahe, mit uns gemeinsam sich für die Volksinitiative



Kamylla Lisi-Brandino ist im Vorstand der FDP Frauen Kanton Zürich sowie der FDP Meilen.

Individualbesteuerung einzusetzen, um diesem Problem nach mehr als 40 Jahren endlich politisch mit einem Lösungsvorschlag entgegenzutreten.

#### Kamylla Lisi-Brandino

Vorstand FDP Frauen Kanton Zürich

«Jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand.»



# Bis 2045 fehlen der AHV 200 Mrd. Franken!

Die Lösung der Sozialdemokraten:

# MWST um 4% erhöhen und KMU schwächen!

**Unsere Lösung:** 

die Renteninitiative.



# **Parolenspiegel**

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



**NEIN** 

Nein zur Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz»



Nein zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»



Ja zum Covid-19-Gesetz



JA

Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz



I۸

Ja zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

# **AGENDA**

#### 3. Juli 2021

Delegiertenversammlung, Martigny

#### 28. August 2021

Sternwanderung in Thun

#### 2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

#### Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.— plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.









# Darum ist der weitere Ausbau wichtig

Im Durchschnitt braucht heute jeder von uns hundert Mal mehr mobile Daten als vor zehn Jahren. Nur mit neuen Technologiegenerationen – wie aktuell 5G – können die Mobilfunkbetreiber dieses Wachstum stemmen.

# Mobilfunk ist eine Erfolgsgeschichte

Mit jeder Generation kamen neue Anwendungen dazu. Diese entstanden, nachdem die Netze gebaut waren. Für 5G gelten übrigens die gleich strengen Regeln wie für die bisherigen Mobilfunkgenerationen.



ab 2012
Neue
Anwendungen für jede Lebenslage



#### Was ist jetzt mit 5G?

Mehr zu 5G, Mobilfunk, Gesundheit und Umwelt finden Sie hier.



swisscom.ch/5gflyer